

10. Relevanz des Vorkommens von Tiefengrundwasser im Bereich des vorgeschlagenen geologischen Tiefenlagers für radioaktive Abfälle

Interpellation Wilma Willi (Grüne, Stadel) vom 19. Februar 2024

KR-Nr. 50/2024, RRB-Nr. 331 vom 27. März 2024

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird das geologische Tiefenlager für radioaktive Abfälle im Zürcher Unterland realisiert. Bekannt ist, dass im Gebiet Haberstall nebst dem Grundwasser und den Zuströmbereichen im Umfeld des strategischen Grundwasserreservoirs Weiacher-Hard auch Tiefengrundwasserströme vorhanden sind. Diese verlaufen in grosser Tiefe, sowohl unterhalb als auch oberhalb der Opalinuston-Schicht, und sie bewegen sich extrem langsam. Doch genau das ist hier von zentraler Bedeutung: Was bedeutet «langsam», wenn wir über eine sichere Lagerung über einen Zeitraum von 1 Million Jahren sprechen?

Seit der Beantwortung unserer Interpellationsfragen vor bald zwei Jahren wurde das Rahmenbewilligungsgesuch der NAGRA (*Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle*) am 22. November 2024 eingereicht. Dieses wird derzeit vom Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat, ENSI, der Aufsichtsbehörde für Kernanlagen in der Schweiz, geprüft. Am 19. Juni hat die NAGRA die Unterlagen zum Rahmenbewilligungsgesuch veröffentlicht. Auffallend war dabei die Liste von Dokumenten, die auf Verlangen des ENSI nachgereicht werden mussten. Besonders bemerkenswert: Die NAGRA musste die Dokumentation zum Grund- und Tiefengrundwasser ergänzen. Dazu reichte sie einen Bericht aus dem Jahr 2019 ein, das ist der Bericht Nummer 1902. Diesen als Referenzbericht zur Grundwasserfrage zu verwenden, erstaunt, um nicht zu sagen, irritiert. Deshalb wurden seit 2019 mehrere Tiefenbohrungen durchgeführt, in deren Rahmen auch das Grundwasser umfassend untersucht wurde. Es liegen neue und relevante Daten vor, etwa zu den Grundwasserständen. Warum wurden diese nicht in den Grundlagenbericht eingearbeitet? Diese Frage bleibt weiterhin von Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf die Flussrichtungen des Grundwassers oberhalb und unterhalb des geplanten Tiefenlagers. Eine beruhigende Einschätzung lässt sich daraus unseres Erachtens nicht ableiten. Inzwischen haben auch die Arbeitsgruppe SiKA (*Sicherheit Kantone*) und KES (*Kantonale Expertengruppe Sicherheit*) mit der sicherheitstechnischen Beurteilung begonnen. Diese Aufgabe ist enorm anspruchsvoll, eine wahre Herkulesaufgabe, aber für den Kanton Zürich als Standortkanton von grösster Bedeutung. Transparenz ist essenziell für das Vertrauen der Bevölkerung in den Prozess der Endlagersuche. Wenn vom Zürcher Unterland und der Region erwartet wird, diese nationale Aufgabe mitzutragen, dann dürfen wir im Gegenzug erwarten, umfassend informiert zu werden. Die Forschungsergebnisse betreffen uns alle. Das haben wir stets so kommuniziert und wir werden dies auch weiterhin tun.

Als Interpellantin nehme ich mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Sicherheit für den Kanton Zürich oberste Priorität hat. Gemeinsam mit dem Kanton erwarten auch wir, dass die Rolle des Tiefengrundwassers als potenzielles Transportmedium für Radionuklide (*Isotope chemischer Elemente*) im Rahmen der Bewilligungsgesuche angemessen, aktuell und in der nötigen Tiefe behandelt wird und nicht ausschliesslich auf veralteten Berichten, was aber passiert. Wir danken den Fachleuten des Kantons Zürich dafür, dass sie detaillierte Informationen zu Druckverhältnissen, bevorzugten Fliesswegen, Verweilzeiten sowie zu belegbaren Exfiltrationsbereichen des Tiefengrundwassers einfordern. Exfiltration meint dabei das Austreten des Wassers. Nach heutigem Stand der Erkenntnisse fliessen diese Tiefenströme in Richtung Eglisau, Bad Zurzach und Baden – Regionen, in denen sie unter anderem Thermalquellen speisen. Wir erwarten nun mit Interesse die genauen Forschungsergebnisse sowie transparente Informationen darüber.

Gemäss Artikel 13 des Kernenergiegesetzes darf eine Rahmenbewilligung nur erteilt werden, wenn der Schutz von Menschen und Umwelt gewährleistet ist. Dass das Tiefengrundwasser in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle spielt, ist uns allen bewusst. Ich erlaube mir zudem darauf hinzuweisen, dass im Artikel 14 des Kernenergiegesetzes auch festgelegt ist, dass die Rahmenbewilligung eine maximal zulässige Strahlenexposition für Personen in der Umgebung der Anlage definieren muss. Die NAGRA geht heute davon aus, dass Radioaktivität im günstigsten Fall nach 10'000 Jahren an die Oberfläche migriert; dies, wenn alles planmässig verläuft. Was bislang ungeklärt bleibt, ist die Frage, wie lange es dauert, bis Radioaktivität in die Grundwasserströme oberhalb und vor allem auch unterhalb des Opalinustons gelangt – wahrscheinlich weniger lang. Diese Information ist für die langfristige Sicherheitsbewertung von zentraler Bedeutung. Umso beunruhigender ist es, dass der Bund angekündigt hat, das Forschungslabor Mont Terri (*im Kanton Jura*) aus Spargründen infrage zu stellen oder gar aufzuheben. Für uns Grüne ist es nicht akzeptabel, dass bei der sicherheitsrelevanten Forschung gespart wird. Unser Grundsatz lautet klar: ohne Forschung kein Tiefenlager. Machen wir uns gemeinsam bewusst, diese Abfälle sind und bleiben über unvorstellbare Zeiträume hinweg lebensgefährlich. Deshalb müssen wir alles, ja wirklich alles, dafür tun, dass dieses Projekt mit höchstmöglicher Sicherheit realisiert wird.

Ich danke dem Regierungsrat, den kantonalen Fachexperten und -expertinnen sowie der wissenschaftlichen Begleitgruppe für ihre engagierte und äusserst wichtige Arbeit. Das Atommülllager wird uns noch lange beschäftigen, und nicht nur uns, sondern auch sehr viele nachkommende Generationen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich bin kein Geologe und ich bin auch kein Hydrologe und ich bin auch kein Experte für Grundwasser oder für den Bau von Tunneln und Stollen, aber all dies müsste man eigentlich schon fast sein, um diese Interpellation im Detail verstehen zu können. Sie strotzt nämlich nur so von komplizierten Fachbegriffen aus den genannten Bereichen. Ich musste mich zur Vorbereitung

also voll und ganz auf die Ausführungen des Regierungsrates abstützen und ich möchte dabei insbesondere auf die Antwort der Regierung auf Frage 3 verweisen. Wir dürfen nicht vergessen, der erste Spatenstich zum Bau des Tiefenlagers in Stadel ist frühestens Mitte des Jahrhunderts zu erwarten, dies entspricht ungefähr der Zeitdauer einer Generation. Und ich bin überzeugt, wir können alle beruhigt davon ausgehen, dass die Experten der NAGRA, des Bundes und des Kantons jedes, jedes erdenkliche Sicherheitsrisiko im Zusammenhang mit der Endlagerung bis ins kleinste Detail erforscht haben oder dies bis zur Erteilung der Baubewilligung noch tun werden. Oder anders gesagt: Es wird noch sehr viel Grundwasser unter Stadel hindurch beziehungsweise den Rhein hinabfliessen und es werden noch ganze Wälder für die endlosen Berichte abgeholzt werden, die bis zum Baustart des Atomendlagers noch verfasst werden müssen. Ich bin also sicher, dass auch die angeblichen Befürchtungen der Interpellanten bis dahin aufs letzte Komma ausgeräumt sein werden.

Der Verdacht liegt also nahe, dass die Interpellanten aus den Kreisen der Klimaa Allianz mal wieder ganz gezielt ein weit hergeholtes und äusserst theoretisches Sicherheitsrisiko bei der Atommüll-Endlagerung als Vorwand benutzen, um generelle Ängste im Zusammenhang mit der Atomkraft zu schüren. Es ist ein altbekanntes Muster und, wie ich finde, ein unsägliches Doppelspiel bei Grünen und Linken: Sie bekämpfen die Atomkraft seit Jahrzehnten, dies unter anderem mit dem Argument, die Frage der Endlagerung sei nicht gelöst. Gleichzeitig bekämpfen Sie die Suche nach einem Endlager aber mit allen Mitteln und sabotieren damit ganz bewusst die Lösung des Endlagerproblems mit dem Schüren von irrationalen Ängsten und gezielter Desinformation. Nun steht ein konkreter Plan für ein Endlager und auch der Ort dafür ist bekannt, und da bleibt Ihnen halt nichts anderes, als auf diese altbekannte Taktik zurückzugreifen: Zweifel säen und Ängste schüren.

Ich bin froh, dass es so lange gedauert hat, bis wir diese Interpellation besprechen. In der Zwischenzeit ist nämlich einiges passiert. Der Bundesrat hat bekannt gegeben, dass er das Neubauverbot für Atomkraftwerke aufheben möchte. Und auch gemäss repräsentativen Meinungsumfragen spricht sich derzeit eine Mehrheit der Bevölkerung für neue AKW aus. Sie merken also, es schwimmen Ihnen langsam die Felle davon. Dabei sind Sie mit Ihrer ideologischen Anti-Atompolitik und mit ihrem Klimawahn schuld daran, dass wir im Jahre 2026 wieder darüber nachdenken müssen, ob wir mit genügend Strom durch den Winter kommen. Die erneuerbaren Energien, die Sie seit Jahren als alleiniges Allheilmittel preisen, kommen nicht vom Fleck. Nur mit der Atomkraft können wir in den nächsten Jahren eine sichere Stromversorgung garantieren. Die Bevölkerung hat das mittlerweile eingesehen. Ich bin daher zuversichtlich, dass Sie mit ihrer destruktiven Politik in nicht allzu ferner Zukunft endgültig Schiffbruch erleiden werden. Danke schön.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Ich wollte eigentlich nur ein kurzes Votum halten, bin jetzt aber gezwungen, hier doch ein paar Sachen als Replik zu geben. Das Erste ist: Wir haben immer gesagt, dass wir dafür sind, dass wir unseren Güsel bei uns behalten und nicht ins Ausland exportieren. Das heisst, wir stehen ganz

klar dafür ein, dass der bei uns produzierte Atommüll auch bei uns entsorgt respektive gelagert werden muss. Uns jetzt zu unterstellen, dass wir hier eine rein ideologische Politik betreiben, halte ich für unangebracht. Ich gebe es gerne zurück, Herr Bamert, Sie haben gesagt, eine Mehrheit der Personen in der Schweiz wünsche sich neue Atomkraftwerke. Ich gehe davon aus, dass vor allem der Bundesrat sich diese neuen Atomkraftwerke wünscht, und ich verstehe jetzt Ihre Wortmeldung sehr stark als eine ideologisch aufgeladene Propaganda für neue Atomkraftwerke.

Ich komme zum Bericht: Zunächst einmal herzlichen Dank dem Regierungsrat für die Antworten auf die vielen Fragen respektive auch die technischen Antworten auf diese Fragen. Beim Lesen fällt mir jedoch auf, dass die hydrologischen Untersuchungen und Langzeitbeobachtungen noch nicht abgeschlossen sind. Das ist zwar nachvollziehbar, denn solche Prozesse dauern, aber als Bewohnerin dieses Kantons wünsche ich mir doch eine regelmässiger und transparentere Information über den aktuellen Stand der Untersuchungen. Teilweise, wir haben es gehört, wird in der Antwort auf ältere Datensätze verwiesen, und die geforderte Gesamtanalyse der Tiefengrundwasser-Situation liegt den kantonalen Fachstellen offenbar noch nicht gänzlich vor. Und das wirft Fragen auf: Wann ist effektiv mit den Resultaten zu rechnen? Was passiert, wenn sich aus den neuen Erkenntnissen tatsächlich sicherheitsrelevante Bedenken ergeben? Wie ist dieser Prozess vorgesehen? Wie läuft das ab? Die Regierung schreibt in der Antwort, sie gehe davon aus, dass der Bundesrat die Rahmenbewilligung nur dann erteile, wenn der Schutz von Mensch und Umwelt gewährleistet sei. Diese Formulierung, «man gehe davon aus», verunsichert mich etwas. Also ich erwarte, dass man nicht bloss davon ausgeht, sondern dass sich der Kanton Zürich aktiv vergewissert, dass wirklich nur dann gebaut wird, wenn die Sicherheit vollumfänglich gewährleistet ist. Zudem sehen wir auf Bundesebene Entwicklungen, die Zweifel an der Prioritätensetzung aufkommen lassen, eben, wie gehört, kürzlich diese Sparmassnahmen im Bereich der Forschung, und ausgerechnet dort, wo vertiefte Studien für diesen Standort besonders wichtig wären. Und wie gesagt, gleichzeitig vertritt der zuständige Bundesrat (*Albert Rösti*) offenbar die Idee, neue Atomkraftwerke bauen zu wollen. Und damit stellt sich schon etwas die Frage, ob der Fokus tatsächlich auf der sicheren Entsorgung liegt oder auf der Schaffung neuer Abfälle, die dann ebenfalls irgendwo gelagert werden müssen. All das trägt nicht gerade zur Beruhigung bei. Wir haben als Kanton die Verantwortung, genau hinzusehen, um von den Bundesstellen vollständige Transparenz zu verlangen. Denn beim Tiefenlager geht es nicht nur um irgendein Bauprojekt, sondern um eine Entscheidung, die für Generationen Bestand haben wird. Sicherheit und Vertrauen sind hier absolut wichtig.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Vorab meine Interessenbindung: Ich bin Präsidentin des Forums Vera (*Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle*) und ich bin seit 2011 Mitglied der Regionalkonferenz Nördlich Lägern. Aus unserer Sicht thematisiert die Interpellation sicherheitsrelevante Aspekte des geplanten geologischen Tiefenlagers und sie fokussiert dabei ganz stark auf die

bereits angesprochenen hochkomplexen Fragen zum Tiefengrundwasser. Grundsätzlich – und da sind wir uns ja einig – ist festzuhalten, dass Sicherheitsfragen bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle selbstverständlich über allem stehen. Die Sicherheit ist das oberste Primat, das vertritt der Regierungsrat seit Anbeginn der Diskussionen um das geologische Tiefenlager. Die Interpellation argumentiert aber auch mit bereits mehrfach bearbeiteten Fragestellungen. Natürlich ist es nicht so, dass bereits alle Informationen vorliegen, und was uns nun als FDP wirklich stört, ist, dass die Interpellation – nicht ganz durch die Blume, sondern ziemlich deutlich – eben auch Versäumnisse oder Intransparenz bei den zuständigen Stellen suggeriert. Ich möchte das aber nicht weiter ausführen, sondern ich möchte auf den Bericht fokussieren.

Aus Sicht der FDP überzeugt die Antwort des Regierungsrates durch die ganz klare Einordnung der Zuständigkeiten und Verfahren. Ich glaube, es ist in diesem Prozess ganz wichtig, dass wir uns immer wieder bewusst machen, wer für welchen Verfahrensschritt zuständig ist. Das geologische Tiefenlager ist ein nationales Projekt mit einer bundesrechtlichen Grundlage. Die sicherheitstechnische Beurteilung, inklusive all dieser angesprochenen hydrogeologischen Risiken, liegt primär beim Bund, bei der NAGRA und natürlich auch bei den dafür eingesetzten unabhängigen Experten beim ENSI. Der Kanton Zürich – und das darf man wirklich lobend feststellen – nimmt seine Rolle als Standortkanton wahr. Aber natürlich kann er weder Veröffentlichungen erzwingen noch eigenständig fordern, dass schneller gearbeitet wird. Es ist klar, dass die gesetzlichen Verfahren eingehalten werden müssen. Und wiederum möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns in einem sehr langfristigen und in einem mehrstufig angelegten Planungs- und Bewilligungsverfahren befinden. Da ist es aus unserer Sicht ganz normal, dass die Erkenntniszugewinne nicht im Sekundentakt erfolgen, auch Wilma Willi hat selbst darauf hingewiesen. Aus unserer Sicht haben wir bislang keinen Grund für Misstrauen in den Prozess. Wir stellen fest, wir haben Vertrauen in den Prozess, und es sind für uns auch genügend Informationen greifbar. Es ist ja so, es gibt immer wieder neue Informationen. Und wenn ich mir überlege, wie viele technische Arbeitsberichte der NAGRA ich schon gesehen habe, muss ich gestehen: Die überfordern mich zum grössten Teil auch.

Die Interpellation suggeriert – und das habe ich gesagt – Versäumnisse und Risiken. Wir sind aber der Meinung, dass das mehrstufige Verfahren mit den wiederholten Prüfungen, den langen Beobachtungsphasen und den unabhängigen Gutachten – ich weise auf das ENSI hin – darauf ausgelegt ist, diese Unsicherheiten schrittweise zu reduzieren. Und wir finden es sehr positiv, dass der Regierungsrat jetzt nicht einem politischen Reflex nachgibt und irgendwie so den Fachprozess verpolitisiert oder blockiert. Natürlich verlangen auch wir Sicherheit und Transparenz. Und wir denken, dass der Regierungsrat, sollte er denn Zweifel am Prozess haben, diese Zweifel mit Vehemenz einbringen würde, dorthin, wo sie hingehören.

Kritisch beurteilen wir dann auch die implizite Erwartung – das ist die Frage 3 –, der Kanton solle sich doch vor Abschluss der fachlichen Abklärung schon positionieren. Ich gebe es zu, ich habe die Frage 3 so gelesen. Aus unserer Sicht ist das

absolut abzulehnen, denn aus rechtsstaatlicher Sicht ist es doch zentral, dass Entscheidungen im vorgesehenen institutionellen Rahmen gefällt werden. Aus unserer Sicht lehnen wir jegliche politische Einflussnahme für vorsorgliche Vetos in diesem Zusammenhang ab. Das Thema der Entsorgung der radioaktiven Abfälle gehört jetzt gelöst. Aus unserer Sicht hat die Interpellation wenig neue Erkenntnisse gebracht. Die Beantwortung durch den Regierungsrat zeigt aber, dass die relevanten Fragen im vorgesehenen Prozess adressiert werden können, dass sie adressiert werden und dass der Regierungsrat seine Einflussmöglichkeiten sachgerecht nutzt, ohne eine Kompetenzüberschreitung wahrzunehmen. Dafür sei ihm herzlich gedankt.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich anerkenne, dass die SVP sich mit dem Schüren von Ängsten und mit Desinformation auskennt, aber Ihnen sind da trotzdem ein paar Sachen durcheinandergeraten. Das Tiefenlager als solches bekämpfen wir nicht, das haben wir auch noch nie getan, so wie es auch Sibylle Jüttner ausgeführt hat, da es selbstverständlich ist, dass man sich um den Abfall kümmert. Und wir möchten die Verantwortung übernehmen, auch wenn wir den Abfall nicht verursacht haben. Aber das Tiefenlager muss halt möglichst sicher sein. Es gibt weltweit noch kein Tiefenlager, das in Betrieb ist. Man kann sich hier nicht auf Erfahrungswerte stützen, sondern es braucht einfach ausreichend Forschung, und die Sache soll möglichst sicher sein. Sehr spannend auch, dass Sie jetzt plötzlich finden, die Experten wüssten schon, wie es geht, und sich auf Experten berufen. Das ist etwas Neues aus Ihrer Ecke, das freut mich auch ein Stück weit. Dann, dass die Erneuerbaren nicht vom Fleck kämen in der Schweiz: Ja, das stimmt, die werden ja auch durch die rechten Parteien aus ideologischen und politischen Gründen stark bekämpft. Da sind andere Länder schon viel weiter. In China gibt es einen Riesenzubau an erneuerbaren Energien, diese haben die fossilen dort schon lange überholt. Ich glaube, da schwimmen eher der fossilen Industrie so ein bisschen die Felle davon.

Zu den AKW: Sie hoffen jetzt auf neue AKW, dass diese dann Probleme lösen werden. Die AKW haben einen Realisierungshorizont von ungefähr 25 Jahren – das ist sehr konservativ geschätzt –, damit können Sie sicher keine akuten Strom- und Energiekrisen oder eine Energieknappheit lösen. Und die Risiken von Atomkraft sind nach wie vor einfach sehr real. Also ich anerkenne, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Störfall eintritt, klein ist, aber die Konsequenzen sind einfach sehr gross und die Folgen katastrophal. Und nein, wir möchten das nicht, es gibt ja gute Alternativen, es gibt die Erneuerbaren.

Regierungsrat Martin Neukom: Zuerst zum Grundwasserteil selber: Es ist wichtig, die Grundwasserteile zu unterscheiden. Wenn wir normalerweise vom Grundwasser sprechen, dann meinen wir Grundwasser, das wir für die Trinkwasserversorgung nutzen können. Das sind aber eher die, sagen wir, oberen 100 Meter im Boden. Das ist häufig Wasser, das auch eine bestimmte Strömung hat, das sich bewegt. Beim Tiefengrundwasser sprechen wir von Wasser, das sicher tiefer als 100 Meter. Das ist vielfach mineralisch, also etwas salzig. Teilweise bewegt es

sich oder strömt, teilweise ist es auch standortgebunden. Das heisst, es bewegt sich nicht, das nennt man dann Aquifer. Dieser ist nicht als Trinkwasser nutzbar. Relevant für das geologische Tiefenlager ist es, weil, wenn Radionuklide (*instabile und damit radioaktive Atome*) aus dem Lager austreten, es natürlich extrem wichtig ist, dass diese nicht in dieses Tiefengrundwasser gelangen. Denn sobald sie in diesem Tiefengrundwasser sind, können sie sich möglicherweise bewegen und an die Oberfläche austreten. Das ist natürlich ein grosses Problem und das ist also eine der Hauptaufgaben dieses Lagers, zu verhindern, dass diese Radionuklide, die gesundheitsschädigend wären, austreten können. Deshalb – ich kann es hier deutlich sagen, es wurde auch schon von Barbara Franzen gesagt – hat Sicherheit oberste Priorität.

Und Herr Bamert, ich fand Ihr Votum diesbezüglich gar nicht gerechtfertigt. Es ist problematisch, wenn man sagt, jemand, der Sicherheitsbedenken hat und kritische Fragen stellt, sei pauschal gegen ein Atomkraftwerk. Auch meine Fachleute haben gegenüber der NAGRA immer wieder kritische Fragen gestellt, auch die Arbeitsgruppen SiKa/KES – ich komme noch dazu – haben immer wieder kritische Fragen gestellt. Und das haben sie nicht, weil sie gegen Kernkraftwerke sind, sondern weil das dazu beiträgt, die Sicherheit des Lagers zu verbessern. Wir wissen nicht genau, was für die Tiefenlager die beste Lösung ist, wir müssen es auch durch eine gemeinsame und offene Diskussion herausfinden, und das ist die Sicherheitskultur, die ich will, und die ich hier deutlich vertrete. Durch kritische Rückfragen können wir die Sicherheit verbessern und deshalb können wir hier auch vonseiten des Kantons Zürich einen Beitrag leisten, um die Sicherheit des Tiefenlagers zu verbessern. Wichtig ist natürlich zu wissen – und das ist die Kernfrage dieser Interpellation –, wo dann genau diese Tiefengrundwasser liegen, wenn das Lager in diesem Opalinuston ist. Wir wissen, dass es oberhalb und unterhalb von diesem Opalinuston Tiefengrundwasser gibt. Wichtig ist zu wissen, wo diese sind, das ist noch nicht bis in alle Details geklärt.

Nun, es gibt zwei fachliche Gremien, die den Kanton – also auch noch die Kantone Aargau und Schaffhausen –, die uns fachlich zur Verfügung stehen, um uns zu unterstützen. Das sind die AG SiKA und KES. AG SiKA heisst «Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone» und KES ist die «kantonale Expertengruppe Sicherheit», in denen auch unabhängige Experten, fachliche Experten vertreten sind. Diese sind an der Arbeit und werden aufgrund des Gesuchs der NAGRA eine Stellungnahme erarbeiten. Erst nach Abschluss dieser Beurteilung durch die AG SiKA und der KES im Jahr 2027 können wir dann eine fundierte Stellungnahme zu all diesen Fragen abgeben.

Zum Schluss nur noch eines: Es ist mir ein grosses Anliegen, dass wir die Frage des geologischen Tiefenlagers nicht verpolitisieren. Wir haben die Verantwortung, diesen durchaus gefährlichen Abfall hier möglichst sicher zu entsorgen, diese Verantwortung müssen wir wahrnehmen. Wir haben uns im Kanton Zürich nie darüber gefreut, dass die Geologie bei uns am besten geeignet ist. Ich habe aber immer gesagt: Wenn wir das sicherheitstechnisch sauber machen, also nach bestem Wissen und Gewissen – möglichst wissenschaftlich –, dann akzeptieren wir, dass dieses Lager bei uns ist.

Ich denke, die Frage, ob jetzt ein neues Kernkraftwerk gebaut werden soll oder nicht, die wird an anderer Stelle entschieden, und es hat jetzt auch nicht einen besonders grossen Einfluss auf dieses geologische Tiefenlager. Zentral wird sein, ob ein neues Kernkraftwerk dann auch finanziert werden kann. Wer dieses finanzieren soll, diese Frage wird dann auf Bundesebene beantwortet werden.

Ratspräsident Beat Habegger: Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.